Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichniß unter Nr. 6378 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle. Sprechstunden von 10½ bis 12½ Uhr. (Fernsprecher: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.)

Fünfunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Nr. 123. Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 14. März 1901.

Uebergriffe des Zuckerkartells.

Eine der bedenklichsten Blüthen, welche das Syndikatswesen in Deutschland in den letzten Jahren gezeitigt hat, ist entschieden das Zuckerkartell, welches am 1. Juni 1900 dadurch zustande kam, daß 98 Prozent der Raffinerien in diesem Ringe zusammengeschmolzen wurden. Von einer natürlichen Preisbildung seitens des Zuckersyndikats kann nicht mehr gesprochen werden, vielmehr haben die Preisfestsetzungen des Ringes eine derartige Höhe erreicht, daß man in maßgeblichen Kreisen größerer Zuckerverbraucher ein gemeinsames Vorgehen gegen diese Uebergriffe plant. Aber nicht allein die willkürliche Preisgestaltung seitens des Syndikats, sondern namentlich auch eigenartige Geschäftspraktiken, die den Charakter der Chikanen angenommen haben, mußten tiefe Beunruhigung und Mißstimmung hervorrufen.

Das Zuckersyndikat ist thatsächlich ein Kartell der Art, für welche v. Heyl und Genossen im Reichstag eine staatliche Beaufsichtigung wünschen, da es eine monopolistische Beherrschung des Marktes bezweckt und in einseitiger, die Interessen breitester Volksschichten einfach übergehender Weise Preise festsetzt, die früher unerhört gewesen wären. Denn jeder Zuckerkonsument, der es wagen sollte, mit Raffinerien in Verbindung zu treten, die dem Syndikat nicht beigetreten sind oder eventuell wieder austreten würden, läuft Gefahr, daß das Syndikat einfach jede Zuckerlieferung an ihn einstellt. Eine derartige Organisation vermag also die Interessen der Allgemeinheit zu schädigen.

Während das Zuckerkartell die Zuckerpreise im Inlande unnatürlich gesteigert hat und vielleicht noch weiter steigert, verwendet es einen Theil der so erzielten Mehreinnahmen dazu, im Auslande den Zucker weit billiger als im Inlande zu verkaufen; um also auf diese Weise den ausländischen Zucker aus dem Felde schlagen zu können, läßt es die ganzen Kosten dieses Verfahrens den inländischen Verbraucher tragen. Es steht in schroffem Widerspruche zu der angeblich auch vom Zuckerkartell beabsichtigten Förderung der nationalen Arbeit, wenn das Kartell keine Skrupel darüber empfindet, daß ein solches Verfahren bedeutende nationale Erwerbszweige in ihrer Existenz schwer gefährdet. Die Chokoladen-, die Biskuit- und Kakes-, die Bonbons-, die Konserven-Industrie, Bäcker und Konditoren leiden in hohem Maße unter der Herrschaft des Zuckerringes und sind in ihrer Existenz theilweise bedroht.

Früher erklärten die Zucker-Raffinerien häufig, sie wären froh, wenn sie 10 oder 20 Pfennig am Centner verdienen würden. Sofort nach Begründung des Zuckerringes haben sie aber das Dreißigfache dieses Betrages, mit dem sie früher zufrieden gewesen wären, aufgeschlagen und haben die Preise stetig weiter gesteigert. Zu Beginn des Jahres 1900 wurde in Magdeburg 88proz. Rohzucker mit 20.20 M. für 1 dz notirt, gemahlener Melis mit 45.25 M., so daß nach Abzug der 20 M. betragenden Verbrauchssteuer 25.25 M. verbleiben, also eine Spannung von 5.05 gegen Rohzucker. Bei Inkrafttreten des Kartells notirte Rohzucker 24 M. per dz; gemahlener Melis 55.70 M., so daß nach Abzug der Steuer 35.70 M. bleiben, oder eine Differenz zwischen roher und raffinirter Waare in Höhe von 11.70 M. Am 25. Februar stellte sich in Magdeburg Rohzucker auf 20 M., gemahlener Melis auf 56.90 M. für 1 dz, so daß unter Berücksichtigung der Verbrauchssteuer eine Differenz zwischen ersterem und letzterem in Höhe von 16.90 M. blieb. Obgleich also der Rohzucker seit Bestehen des Syndikats um rund 17 Prozent zurückgegangen ist, stieg trotzdem der den Raffinerien zufließende Nutzen um reichlich 44 Prozent. Der deutsche Zuckerverbraucher zahlt also heute bei gesunkenem Rohzuckerpreis einen höheren Preis für raffinirten Zucker.

Es sind aber nicht allein die Preistreibereien in Zucker, welche die Zuckerverbraucher zu entschiedenen Maßnahmen gegen das Kartell bewegen, sondern vor allen Dingen die Kartell- und Lieferungsbedingungen, welche die Raffinerien ihren Abnehmern aufzwingen. Das Verlangen des Syndikats geht sogar so weit, daß die Abnehmer in ihren Schlußscheinen die Klausel annehmen sollen, daß sie außer den vertragsmäßig festgesetzten Bestimmungen die Kartellbedingungen anerkennen sollen, ohne daß ihnen diese überhaupt zur Einsicht vorgelegt wurden. Das Syndikat hält es nicht für zweckmäßig, den Abnehmern seine Bestimmungen zu unterbreiten, da dies nicht im Interesse des Kartells liege; es verlangt aber, daß die Abnehmer trotzdem darauf sich verpflichten. Da zur Herstellung mancher Waaren Zucker unbedingt gebraucht wird, so ist klar, daß bei diesen Forderungen ein Abhängigkeitsverhältniß zustande kommt, dessen Tragweite die Zuckerverbraucher absolut nicht übersehen können. Schon dieser eine Umstand sollte deutlich vor Augen führen, daß hier Uebergriffe einer Syndikatsgruppe erfolgen, welche ihre Macht rücksichtslos zur einseitig monopolistischen Beherrschung des Marktes gebraucht. Als vor einigen Jahren der Verein für Sozialpolitik auf seiner Generalversammlung die Kartelle behandelte, da sagte ein Berichterstatter, daß die Syndikate, welche mit ihren Statuten hinter dem Berge halten, meist die Oeffentlichkeit zu fürchten hätten und daß gegen solche Kartelle ein begründeter Verdacht nicht unangebracht sei.

Man schätzt den Gewinn, welchen die Zucker-Industriellen durch ihr Syndikat jährlich haben dürften, auf mindestens 75 Millionen Mark im Jahr. Das Syndikat hat jeden inländischen Wettbewerb aufgehoben und ist zu dieser einseitig egoistischen Gebahrung durch den außerordentlich hohen Schutzzoll von 40 M. für 1 dz Zucker gleichsam angespannt worden. Die jährliche Belastung der deutschen Bevölkerung beträgt nicht nur jene 75 Millionen Mark, sondern über 105 Millionen Mark, da über 30 Millionen Mark den Rohzuckerfabrikanten vergütet werden, damit dieselben zu billigeren Preisen exportiren können. Diese riesige jährliche Belastung von 105 Millionen Mark muß die Existenz einer Reihe bedeutender deutscher Gewerbezweige gefährden und die breitesten Schichten der Bevölkerung dadurch in Mitleidenschaft ziehen. Es dürfte deshalb geboten sein, den hohen Zuckerschutzzoll zu ermäßigen, damit die Zuckerverbraucher eventuell in der Lage sind, die im Inlande aufgehobene Konkurrenz durch Zufuhr fremdländischen Zuckers wieder etwas zu beleben und damit sich ganz aus der wehrlosen Stellung, die sie jetzt dem Zuckerring gegenüber einnehmen, zu befreien. Die jetzigen Zustände sind jedenfalls unhaltbar und bedeuten nichts anderes als eine rücksichtslose Ausbeutung der Zuckerverbraucher durch das Kartell. ch.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* Anläßlich des Anlasses auf den Kaiser fand ein Austausch von in sehr warmen Worten gehaltenen Telegrammen zwischen dem Sultan und der Kaiserin statt. Die Kaiserin theilte dem Sultan mit, daß Kaiser Wilhelm sich auf dem Wege der Genesung befinde; der Sultan gab seiner Freude und seinen besten Wünschen für baldige und vollständige Wiederherstellung des Kaisers Ausdruck.

* Der Prinzregent Luitpold von Bayern erließ unter dem gestrigen Datum ein Handschreiben, in welchem er herzlichen Dank ausspricht für alle Kundgebungen an den Festtagen. Wenn trotz seines ausdrücklichen Wunsches, den Festtag nicht mit außergewöhnlichem Gepränge zu begehen, solche unzähligen Ehrungen und Huldigungen kamen, könne er hierin nur den unaufhaltsamen Ausdruck tiefbegründeter Liebe und Anhänglichkeit der gesammten Bevölkerung an ihr angestammtes Königshaus erblicken. Nachdem das Handschreiben der großen Landesstiftung, sowie der zahlreichen Huldigungen aller Stände, der patriotischen Gedenkfeiern und sonstigen Kundgebungen gedacht und allen lebhaftesten Dank ausgesprochen hat, schließt es: „Möge unser liebes Vaterland, gestützt auf das Streben nach gedeihlicher Fortentwicklung, auf Fleiß und Schaffenskraft der Bevölkerung, unter dem Segen eines dauernden Friedens einer glücklichen Zukunft entgegengehen. Möge nie das Band sich lockern, welches Fürst und Volk zu inniger Liebe und Eintracht umschließt. Nach meinen Kräften dem theuren Vaterlande zu nützen, ist mein unablässiges Streben. Dieser Aufgabe gerecht zu werden, begründet mein eigenes Glück."

* Der Herzog von Meiningen begab sich gestern für längere Zeit nach Südfrankreich.

* Der Kaiser von Oesterreich ist gestern abend 9 Uhr von München nach Wien zurückgereist. Der Prinzregent war zur Verabschiedung von dem Kaiser, welcher mit dem Prinzen Leopold, der Prinzessin Leopold und dem Prinzen Georg zum Bahnhof fuhr, auf dem Bahnhof erschienen.

* Dem preußischen Gesandschaften in München, Grafen von Monts wurde das Großkreuz des Michaelsordens, dem Legationsrath bei der preußischen Gesandschaft in München, Grafen v. Bernstorff, der Michaelsorden 2. Klasse, dem General à la suite des Kaisers Generalmajor v. Mackensen das Großkomthurkreuz des Militärverdienstordens, dem militärischen Begleiter des deutschen Kronprinzen-Oberleutnant Frhrn. von der Goltz das Ritterkreuz 2. Klasse des Militärverdienstordens vom Prinzregenten von Bayern verliehen.

Die Stellung der Nationalliberalen und des Centrums zu den Getreidezöllen.

In den „Mittheilungen für die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei" wird jetzt ein ausführlicherer Bericht über die Sitzung des Centralvorstandes der nationalliberalen Partei vom 3. d. M. veröffentlicht, der noch nachträglich zu einigen Bemerkungen Anlaß giebt hinsichtlich der Stellung der Partei zur Erhöhung der Getreidezölle. Schon im Juni v. J. hat, wie erinnerlich, der Centralvorstand der Partei seine Anschauungen in dieser Frage dahin präcisirt, daß die Landwirthschaft eines verstärkten Schutzzolls bedürfe. Ueber das Maß dieser Erhöhung hat der Centralvorstand, wie im vorigen Jahre, so auch in der letzten Sitzung, sich nicht näher ausgelassen. Aus diesen Beschlußfassungen des Centralvorstandes ist vielfach gefolgert worden, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion geschlossen für eine in ihrem Umfange noch nicht bekannte Erhöhung der Getreidezölle eintreten wird. Die Annahme scheint indessen nicht zutreffend zu sein. In wirtschaftlichen Fragen wird bekanntlich seitens der nationalliberalen Partei von jeher die weitgehendste Toleranz geübt. Es ist auch bekannt, daß nicht alle Mitglieder der nationalliberalen Reichstagsfraktion sich von der Nothwendigkeit einer Erhöhung der Getreidezölle haben überzeugen können. Es

[Nachdruck verboten.]

Die Grouse und ihre Jagd.*

Von Wilhelm von Polenz.

Der Wildbestand Deutschlands hat im Laufe der Jahrhunderte große Wandlungen durchgemacht. Auf der einen Seite sind manche früher weitverbreitete Wildgattungen völlig ausgestorben oder doch zu den Seltenheiten geworden, auf der anderen hat sich neues, unseren Vorfahren kaum dem Namen nach bekanntes Wild hinzugefunden. So vor allem der Fasan; auch die Einwanderung des Steppenhuhnes in das nordöstliche Deutschland ist neueren Datums. Verschiedene Wildgattungen haben sich gegen früher unverhältnißmäßig vermehrt, so Hase und Rebhuhn, andere abgenommen, wie Birkwild und manche Wasservögel. Manche Art ist aus einem wilden und höchst gefährlichen Thiere eine beinahe zahme Spezies geworden, so das Schwarzwild, das kaum noch mit dem großen Eber der Urwälder verglichen werden kann.

Selbstverständlich hängen diese Wandlungen eng zusammen mit dem Steigen der Kultur, der Ausrottung der Wälder, dem intensiveren Betriebe der Landwirthschaft, der dichteren Besiedlung des platten Landes. Alles Veränderungen in letzter Linie durch den Menschen hervorgerufen. Der Mensch hat auf die Fauna den stärksten Einfluß. Er kann Thiergattungen vertilgen und andere ansiedeln, ja durch Zucht und Kreuzung kann er neue hervorrufen. Und was das Wild betrifft, kann er durch geregelten Abschuß, durch Wildhegen und Schonen, vor allem also durch die Gesetze, die diese Materie regeln, auf den Wildstand eines Landes einschneidenden Einfluß ausüben.

Eine Wildgattung, die in ihrem Vorkommen bisher beschränkt gewesen ist auf die Inseln von Großbritannien, ist die Grouse (lagopus scoticus). Diese Vogelart ist nahe verwandt mit unserem Birk- und Auerwild. Dem Gefieder nach gleichen die Grouse am meisten dem weiblichen Birkwild. Auch sonst haben sie mit dem Birkhuhn manche Eigenthümlichkeit gemein, so in der Nahrung, im Fluge, im Balzen und Brüten. Doch besitzen sie Eigenthümlichkeiten, die sie zu einer besonderen, mit keiner anderen zu verwechselnden Spezies machen.

Was die Grouse-Jagd zu einem höchst interessanten Sport gestaltet, ist die große Klugheit, Vorsicht und Wildheit dieser Thiere. Es ist ein Kampf zwischen Mensch und Kreatur, ein gegenseitiges Sich-Ueberlisten. Grouse-shooting ist, wie mir ein alter englischer Sportsman einmal versicherte, nächst der Fuchsjagd der edelste Sport in Großbritannien.

Jedenfalls steht diese Jagd weit über unserer niederen Jagd. Die Grouse verlangen infolge ihrer dichten Besiederung einen sehr starken Schuß, ehe sie kapituliren. Sie fliegen außerordentlich rasch, wenn einmal im Zuge, aber nicht allzu hoch, und niemals über größere Strecken, als drei, höchstens vier englische Meilen. Diese Art des Fluges und die dammlose Beschaffenheit ihrer Standorte ermöglicht es, daß man mit Erfolg Treibjagden auf sie veranstaltet. Die Schützen stehen dabei in Erdlöchern oder hinter Mauern, und die getriebenen Grouse kommen, einzeln, paarweise, in Gruppen oder in langen Ketten, in einer Höhe von 20—40 Fuß über die Schützenlinie hinweg, mit einer Fluggeschwindigkeit, welche an Flinkheit, Entschluß und Treffsicherheit des Schützen die höchsten Anforderungen stellen.

Bei der Suche, die meist nur im Anfang der Saison, vom 12. August ab, möglich ist, steht unter den ersten Erfordernissen ein guter Hund. Die Grouse, wenn einzeln, pflegen sich nämlich im hohen Haidekraut perdu zu stellen, lassen sich vom Schützen übergehen, ohne zum Vorscheln zu kommen. Sind sie aber in größeren Ketten beisammen, dann kann man selbst mit dem Hunde schwer an sie heran. Sie stellen Posten aus und fliegen beim ersten Erblicken des Schützen davon, meist durch ihren eigenthümlichen, dem Quaken der Frösche nicht unähnlichen Ruf, auf ihrem Wege auch noch die weiteren Individuen vor der nahenden Gefahr warnend.

Trotz der nicht geringen Schwierigkeiten, welche die Grouse-Jagd macht, werden doch jährlich zwischen dem 12. August und dem 10. Dezember, wo die Jagd offen ist, ungezählte Tausende dieser Vögel in Großbritannien erlegt. Das Wildpret ist das feinste, und ich weiß ihm an Güte des Geschmacks kein anderes gleichzustellen. Die Grouse halten sich auch in England trotz ihres häufigeren Vorkommens immer noch hoch im Preise. Unter 15 Schilling das Paar (a brace) wird man sie selbst in der Saison nicht zu kaufen bekommen.

Anerkanntermaßen haben sich die Grouse während der letzten fünfzig Jahre stark vermehrt, trotzdem, oder gerade weil man sie tüchtig beschossen hat. Bleibt ein Grouse-Moor unbeschossen, so entsteht Uebervölkerung, die Thiere finden dann nicht genügend Aesung und darauf tritt im nächsten Frühjahr wohl immer grouse-desease ein, eine Krankheit, an der mehr zu Grunde gehen als durch den stärksten Abschuß. Bei keiner Wildgattung lohnt sich eine rationelle Pflege so wie bei dieser. Durch Vertilgen von Raubzeug und durch Niederbrennen allzu dichten Haidekrautes, das sich dann regenerirt, kann man viel für die Hegung dieses Wildes thun.

Verschiedene Eigenschaften der Grouse begünstigen ihre starke Fortpflanzung. Einmal ihre große Klugheit und Menschenscheu, wodurch sie sich zu ihrem eigenen Vortheil vom Fasan unterscheiden, sodann ihr starker Trieb zur Arterhaltung. Die Hennen sind vorzügliche Mütter, verlassen das Nest nur nothgedrungen und sterben beim Vertheidigen der Jungen oft den Heldentod. Auch ist dieser Vogelgattung ein starkes Anpassungsvermögen eigen. Mit ihrem dunkelbraunen Gefieder, das alle Nüancen von roth, braun, gelb, ja lila bis zum schwarz aufweist, unterscheiden sie sich, wenn versteckt, kaum von dem schwarzen Moorboden, dem fahlen Gras und der rothen Haide, in der sie leben. Ihr Gefieder zeigt je nach der Saison und je nach dem Aufenthaltsorte seine Nüancirung. Albinismus ist nicht selten.

Schließlich sind die Grouse auch die genügsamsten Thiere, die man sich denken kann. Sie brauchen weiter nichts als Haidekraut, dieses allerdings in größter Ausdehnung und von jener Ueppigkeit, wie es auf den Hochmooren Nord-Englands und Schottlands wuchert. Die Haide liefert ihnen Nahrung und gewährt ihnen Obdach und Schutz. Auf Bäume setzen sie sich nicht; sie finden da infolge der eigenthümlichen Bildung ihrer Tritte keinen Halt. Hingegen sind sie am Boden gute Läufer.

* Wie bekannt, hat sich die Grouse in neuester Zeit im Regierungsbezirk Aachen so eingebürgert, daß die Regierung es für nöthig hielt, dem Herrenhause einen Gesetzentwurf über die Schonzeiten usw. dieses Wegelwildes vorzulegen. Unter diesen Umständen dürfte der obige Artikel über die Grouse besonders interessiren. A. d. R.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010314013/fragment/page=0001

darf in diesem Zusammenhange daran erinnert werden, daß kürzlich aus München berichtet wurde, der Ausschuß der Münchener nationalliberalen Partei habe sich dafür ausgesprochen, daß jedes Mitglied der Partei die freie Stellungnahme in wirthschaftlichen Fragen beanspruchen könne. In der fraglichen Auseinandersetzung wurde ein Brief des zweiten Vicepräsidenten des Reichstags, des Abg. Büsing, vorgelegt, der dieselbe Anschauung vertritt. Nebenlich wie bei den Nationalliberalen liegen die Dinge im Centrum. Die Presse des Bundes der Landwirthe stellt es so dar, als ob das gesammte Centrum sich für eine Erhöhung der Zölle engagirt habe. Das ist keineswegs der Fall. Ueber die ziffernmäßige Gruppirung von Freunden und Gegnern der Zollerhöhung im Centrum läßt sich Genaues zwar nicht sagen. Die Abspliterung von der agrarischen Koalition aus den Reihen beider Parteien wird naturgemäß in um so stärkerem Grade erfolgen, als die Wähler speziell in den industriellen Wahlkreisen des Centrums und der Nationalliberalen ihren Abgeordneten das Rückgrat steifen. Diese Feststellung erscheint uns aus dem Grunde nicht unwichtig, weil von den Agrariern über die Stärke der schutzzöllnerischen Mehrheit im Reichstage geflissentlich Angaben verbreitet werden, die uns einer wesentlichen Korrektur bedürftig zu sein scheinen.

*

Parlamentarisches.

* Der zweite Nachtragsetat für die China-Expedition wird voraussichtlich Freitag den 15. März auf die Tagesordnung des Reichstages gesetzt werden. Die dem Etat des Auswärtigen Amtes vom Reichskanzler noch nicht berücksichtigte ostasiatische Frage kommt alsdann zur Sprache.

* Es besteht im Abgeordnetenhause die Absicht, die zweite Lesung des Etats, nöthigenfalls unter Zuhilfenahme von Abendsitzungen, bis spätestens zum Sonnabend dieser Woche zum Abschluß zu bringen und sodann am Montag und Dienstag die dritte Lesung folgen zu lassen, damit das Herrenhaus zu dem am 20. bevorstehenden Zusammentritt seiner Finanzkommission den Etat erhalten kann. Sodann soll zunächst die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Errichtung eines Oberpräsidiums für Berlin folgen. Ueber Beginn und Ende der Osterpause sind noch keine bestimmten Entschließungen gefaßt.

* Nach dem endgiltigen Resultat der Reichstags-Ersatzwahl in Posen erhielten Oberbürgermeister Witting (deutscher Kandidat) 9584 Stimmen, Rechtsanwalt v. Chrzanowski (Pole) 15,143 Stimmen, Kasprzak (Soz.) 719 Stimmen. Zersplittert waren 32 Stimmen, mithin ist v. Chrzanowski gewählt.

* Die Petitionskommission des Reichstages hat sich mit den vom Bunde der Landwirthe und seinem konservativen Anhang in Scene gesetzten Eingaben um Einführung der Prügelstrafe beschäftigt und beschlossen, beim Plenum des Reichstages Uebergang zur Tagesordnung zu beantragen. Der Regierungskommissar Wirklicher Geheimer Oberregierungsrath v. Lenthe gab folgende Erklärung ab:

„Soweit die Akten des Reichsjustizamts, aus denen er sich informirt habe, ersehen lassen, sei eine Ergänzung des Strafensystems des Reichsstrafgesetzbuches durch Einführung der Prügelstrafe bislang weder vom Herrn Reichskanzler ins Auge gefaßt, noch im Schoße des Bundesraths von einer der Bundesregierungen in Anregung gebracht."

* Die Budgetkommission des Reichstags bewilligte mit 15 gegen 9 Stimmen für den Ausbau der Hohkönigsburg 150,000 M. Während der Debatte erklärte Staatssekretär Graf v. Posadowsky, die Sache stehe in keinerlei Zusammenhang mit politischen Maßregeln in Elsaß-Lothringen, diese würden lediglich aus Rücksichten auf die Sicherheit des Reiches getroffen. Weiter nahm die Budgetkommission einstimmig den Antrag Singer an, in den Etat für 1902 eine entsprechende Summe zur Förderung der Errichtung von Lungenheilstätten einzusetzen. Der Antrag Tiedemann, welcher schon 1901 hierfür 100,000 M. fordert, wurde abgelehnt. In zweiter Berathung wurde sodann das Etatgesetz sowie das Gesetz wegen Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen angenommen. Zum Etatgesetz wurde ein Antrag Richter angenommen, wonach außeretatsmäßige Ausgaben über 10,000 M. in der Regel zur Kenntniß des Bundesrathes und Reichstages, oder, falls keiner von diesen versammelt ist, der Reichsschuldenkommission zu bringen sind, sowie dem Reichstage jedesmal nach dem Zusammentritte eine Uebersicht der außeretatsmäßigen Ausgaben des laufenden, eventuell auch des vorhergehenden Rechnungsjahres zugleich mit der Nachrichung der Indemnität vorzulegen ist.

* In der Kanalkommission beantragten die Abgg. Zedlitz und Gamp die Regierung zu ersuchen, eine eingehende Denkschrift über die wirthschaftliche Bedeutung der Mosel- und Saarkanalisirung, über die Einwirkung dieser Kanalisirung auf die Einnahmen der Eisenbahnen sowie auf die Industrie des Lahngebietes, des Siegerlandes und des Aachener Gebietes vorzulegen. Generalmajor Einem stellte fest, daß die Militärverwaltung nie behauptet habe, der Kanal wäre eine strategische oder militärische Nothwendigkeit, sie betrachtet ihn nur als ein beachtenswerthes und sehr annehmbares Ergänzungsmittel. Ein anderer Vertreter des Kriegsministeriums führte aus, auch die Kanalisirung der Mosel werde seitens des Kriegsministeriums befürwortet. Kanäle seien für militärische Operationen höchst werthvoll, für den Verkehr bei der Lebensmittelbeförderung für die Bevölkerung unumgänglich nothwendig. Graf Wachwitz will nur die Gründe beleuchten, die für die Kanalisirung der Lippe von Hamm bis zum Rhein sprechen. Für die Emslerlinie spreche nur die Befriedigung des Lokalverkehrs. Er und seine Freunde würden nur für die Lippekanalisirung eintreten, für die Emslerlinie nicht. Minister Thielen betonte, daß der Emskanal das eigentliche Fundament des Rhein-Elbe-Kanals sei. Gegen die Kanalisirung der Lippe nur bis Hamm würden sich energische Widersprüche seitens der Anlieger bei Lippstadt erheben, die berechtigt wären. Für die Kanalisirung der Lippe könne er weder sich noch die Regierung festlegen. Abg. Zedlitz sprach aus, daß die Bedenken Emdens gegen eine Verbindung des Emskanals mit dem Rhein noch nicht behoben seien. Darauf vertagte sich die Kommission.

Kirche und Schule.

* Zwei Schulpaläste haben wieder einmal in Ottelbien wegen Lebensgefahr für Lehrer und Schulkinder geräumt werden müssen. In dem ostpreußischen Dorfe Kebbeln stürzte plötzlich der Schornstein ein und in Willkieten, auch in der Junkerheimath gelegen, mußte der Schulpalast wegen Baufälligkeit für unbewohnbar erklärt werden. Schon jahrelang regnete es dort in das Schulzimmer und in die Lehrerwohnung und seit vollen zehn Jahren schweben Verhandlungen über den Bau eines eigenen Schulhauses. Ob die Verhandlungen je zum Abschluß kommen werden, wissen die Götter.

* Behufs schleunniger Besetzung freier Lehrerstellen soll zum bevorstehenden Ostertermin in einigen Regierungsbezirken ein Ausnahmeverfahren angewendet werden. Da zur Zeit die ihr Jahr abdienenden und am 1. April zur Entlassung kommenden Schulamtskandidaten nicht in der Lage sind, sich um eine erledigte Lehrerstelle zu bewerben, haben einzelne Bezirksregierungen, wohl infolge höherer Verfügung, beschlossen, für die baldige einstweilige Anstellung dieser Lehrkräfte so weit möglich selbst zu sorgen. In der Annahme, daß die schnellere Wiederbesetzung der am 1. April vakant werdenden Lehrerstellen dem Interesse der betheiligten Schulgemeinden entspricht, sollen die Ortsschulinspektoren baldigst den Schulinstitutoren diejenigen Lehrerstellen bezeichnen, bezüglich deren für diesmal auf das Wahlrecht Verzicht geleistet wird, damit die Regierung für die ordnungsmäßige Besetzung Sorge tragen kann.

Politisches.

* Dem Bundesrath ging ein Gesetzentwurf betr. die Uebernahme der Zinsgarantie des Reiches für das Anlagekapital einer Eisenbahn von Daressalaam nach Mrogoro zu. — Danach wird der Eisenbahngesellschaft, die auf Grund einer dem Entwurf beiliegenden Konzession zu bilden sei, eine dreiprozentige Verzinsung des Kapitals bis in Höhe von 24 Millionen garantirt und ferner die Zahlung des um 20 Proz. erhöhten Nennbetrages der jeweilig gelosten Anleihescheine garantirt. Die Begründung führt aus, zu der als nothwendig anerkannten unverzüglichen Inangriffnahme des Bahnbaues wurde nach der bekannten Resolution der Budgetkommission der Weg der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Bankkonsortium zu beschreiten, nachdem die Konzessionsbedingungen gemäß den Wünschen der Kommission abgeändert waren. Die Garantie für die Verzinsung und Tilgung werde jährlich 3,396,306 Proz. betragen.

Soziales.

* Wie verlautet, finden gegenwärtig Berathungen über Ausarbeitung eines Wohnungsgesetzes zwischen Kommissaren der Ministerien des Innern, der öffentlichen Arbeiten und für Handel und Gewerbe statt. Ueber die Form und den Inhalt des zu schaffenden Wohnungsgesetzes ist noch nichts bekannt geworden. Die Berathungen werden aber eifrig gefördert, so daß ein baldiges Zustandekommen des Gesetzes zu erwarten sein dürfte.

Heer und Flotte.

* In der Militärischen Gesellschaft zu Berlin hielt am 6. März der Generalmajor v. Bernhardi, Abtheilungschef im großen Generalstabe und Lehrer an der Kriegsakademie, einen Vortrag über die Weiterentwicklung der deutschen Wehrkraft. Das „Mil.-Wochenbl." berichtet darüber:

Der Vortragende wies zunächst darauf hin, daß die Forderung, die Wehrkraft zu erhalten, nicht nur eine politische, sondern auch eine ethische Bedeutung habe. Er legte dar, wie wichtig es sei, dem Volke die kriegerische Gesinnung zu erhalten, und erörterte die Mittel, die dem Staate und der Gesellschaft zur Verfügung ständen, um dieses Ziel zu erreichen. Er ging dann darauf über, die politischen Gesichtspunkte zu besprechen, von denen aus die Erhaltung und Steigerung unserer Wehrkraft unbedingt geboten sei. Aus einer Betrachtung der allgemeinen Gesetze des Krieges und derjenigen Aufgaben, die dem Deutschen Reiche aus seinem geschichtlichen Werdegange erwachsen sind, folgerte er die Nothwendigkeit, unsere Wehrkraft in durchaus offensivem Sinne zu entwickeln. Von diesem Gesichtspunkte aus wurden dann die Grundsätze besprochen, nach denen die Flotte und die Landesbefestigung auszubauen und die Landarmee auszugestalten sei. In letzterer Hinsicht suchte der Vortragende seine Ansichten aus den Erfahrungen des Krieges 1870/71 zu begründen und wies im besonderen darauf hin, wie nothwendig es sei, der Infanterie einen möglichst hohen taktischen Werth zu verleihen, die Kavallerie zu vermehren und den Train in einer modernen Verhältnissen entsprechenden Weise zu entwickeln, um die Operationsfähigkeit der Armee zu erhöhen.

Die Vorträge in der Militärischen Gesellschaft, denen wiederholt auch der Kaiser beigewohnt hat, sind nicht öffentlich; andere Berichte als der im „Mil.-Wochenbl." sind bisher über den Bernhardischen Vortrag noch nicht erschienen und wohl kaum zu erwarten. Aus dem vorstehenden Bericht könnte man schließen, daß in unseren hohen Militärkreisen eine weitere Vermehrung der Armee für erforderlich gehalten wird.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

48. Sitzung vom 13. März. 11 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt.

Am Ministertische: Studt u. a.

Die zweite Berathung wird fortgesetzt beim Kapitel „Technisches Unterrichtswesen."

Die Kommission hat eine hierzu gestellte Petition auf Errichtung einer technischen Hochschule in Breslau der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Abg. Wetekamp (freis. Vpt.) spricht sein volles Einverständniß mit diesem Kommissionsbeschluß aus und hofft, daß die Regierung der Petition stattgeben werde. Sodann befürwortet Redner eine Aufbesserung der Gehälter für die Beamten an der technischen Versuchsanstalt in Charlottenburg.

Abg. Bandelow (kons.) tritt für die Errichtung einer technischen Hochschule in Breslau ein.

Kultusminister Dr. Studt bemerkt, daß die Errichtung einer technischen Hochschule in Breslau zur Zeit Gegenstand der Erwägungen zwischen den betheiligten Ressorts sei. Wie er unter allem Vorbehalt mittheilen könne, sei der Stand der Sache ein günstiger.

Abg. Gothein (frs. Vgg.) weist darauf hin, daß die Frage einer technischen Hochschule in Breslau kein lokales, sondern auch ein allgemeines Interesse habe. In Charlottenburg seien alle Hörsäle dermaßen überfüllt, daß es nicht weiter gehen könne. Es drohte unter den Studirenden geradezu ein Aufstand. Deshalb müßte für Entlastung dieser Anstalt gesorgt werden, womöglich solle man schon durch einen Nachtragsetat die Mittel für die Breslauer Anstalt fordern.

Nach kurzer weiterer Debatte wird die Petition auf Errichtung einer technischen Hochschule in Breslau dem Kommissionsbeschluß entsprechend der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Das Kapitel „Technische Hochschulen" wird bewilligt.

Beim Kapitel „Kultus und Unterricht gemeinsam" wünscht Abg. Graf von Wartensleben (kons.), daß der Staat selbst die Aufbesserung der Geistlichen in die Hand nehmen müsse, den Gemeinden dürfe man das nicht überlassen, denn wenn der Geistliche jetzt mehr Geld von den Gemeinden haben wolle, sei es mit seinem Ansehen und seiner Beliebtheit vorbei.

Ministerialdirektor Schwartzkopf weist darauf hin, daß der Staat in den letzten Jahren gerade für diesen Zweck bedeutende Summen aufgewendet habe, ein Bedürfniß für die Aufbringung noch größerer Mittel sei nicht nachgewiesen.

Abg. Bröse (kons.) unterstützt den Wunsch des Grafen Wartensleben, ebenso

Abg. Tippe (nl.); mit dem Pfarrerbesoldungsgesetz hätte man besonders in der Provinz Sachsen keine guten Erfahrungen gemacht, dies bewiesen die zahlreichen Klagen, die aus vielen Gemeinden laut würden.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (freikons.) wünscht die Beseitigung der Mißstände auf kirchlichem Gebiete in der Provinz Sachsen.

Ministerialdirektor Schwartzkopf erwidert, daß die Regierung auf die Einkommensbemessung der Stellen in der Provinz Sachsen keinen Einfluß habe, das sei lediglich Sache der kirchlichen Behörden.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Brütt (fk.) und Schaffner (nl.) wird das Kapitel bewilligt.

Von dem Kapitel „Medizinalwesen" werden die ersten fünf auf die Kreisärzte bezüglichen Titel zurückgestellt.

Abg. Im Walle (Centr.) wendet sich gegen eine Loslösung der Medizinalabtheilung vom Kultusministerium. Man lasse sie da, wo sie jetzt ist und stelle an ihre Spitze einen eigenen Ministerialdirektor.

Abg. Dr. Endemann (nl.) erkennt an, daß in den letzten Jahren manches für das Medizinalwesen geschehen sei, aber im ganzen gehe die Reform viel zu langsam. So fehlen z. B. noch immer die Ausführungsbestimmungen zum Reichsseuchengesetz. Der innere Zusammenhang zwischen Kultusministerium und Medizinalwesen sei ein sehr loser. Der Umstand, daß das Ministerium des Innern schon jetzt viele sanitäre Fragen zu regeln habe, führe auf den Gedanken, die Medizinalabtheilung mit dem Ministerium des Innern zu vereinigen. Am praktischsten sei es allerdings, ein neues Ministerium für Kunst und Wissenschaft zu bilden und diesem auch das Medizinalwesen zu unterstellen.

Abg. Dr. Graf Douglas (fk.) befürwortet die Begründung einer Centralinstanz für bakteriologische Forschungen, um dem Ausbruch von Seuchen wirksamer vorzubeugen.

Abg. Dr. Virchow (frs. Vp.) tritt für eine Verbindung der Medizinalabtheilung mit dem Ministerium des Innern ein, bleibt aber im einzelnen völlig unverständlich.

Abg. Dr. Langerhans (frs. Vp.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Dr. Virchow an. Das Ministerium des Innern sei die einzige Instanz, der eine Initiative gegenüber Beamten und Behörden zustehe.

Abg. Dr. Göschen (nl.) tadelt es, daß die Verleihung des Titels Sanitätsrath an nicht beamtete Aerzte, auch an Kreisärzte, eine Stempelgebühr von 300 Mark kostet. Nach dem Stempelsteuergesetz dürfe diese Gebühr eigentlich nicht erhoben werden. Wenn man die Rechtsanwälte nicht als Privatpersonen betrachte und demgemäß bei der Verleihung des Titels Justizrath von der Stempelsteuerpflicht befreie, so müsse dasselbe mit den Aerzten geschehen. Was dem einen recht sei, sei dem anderen billig. In dem jetzigen Verfahren liege eine Zurücksetzung des ärztlichen Standes. Wenn man den Titel Sanitätsrath beziehen müsse, so höre er auf, eine Auszeichnung zu sein.

Abg. Winckler (kons.) weist darauf hin, daß bei der Berathung des Stempelsteuergesetzes von der Regierung erklärt worden sei, daß für den Titel Sanitätsrath keine Stempelgebühr erhoben werden solle.

Geh. Rath Förster beruft sich für das Verfahren der Regierung auf ein Reichsgerichtserkenntniß. Sollte hier eine Aenderung eintreten, so müsse das auf dem Wege der Gesetzgebung geschehen.

Abg. Dr. Sattler (nl.): Die Vorwürfe gegen die Regierung gehen meines Erachtens dahin, daß die vorherige Erklärung der Regierung anders war als nachher die Ausführung. Das ist der Hauptvorwurf gegen die Regierung, daß sie durch ihre Erklärung eine Fassung des Gesetzes durchgedrückt hat, welche mit der Erklärung nicht übereinstimmte. Wenn das nicht bestritten werden kann, so kann doch der einzig richtige Standpunkt der Regierung nur der sein, daß sie sagt: Nachdem meine Erklärung diese Folge gehabt hat, bin ich verpflichtet, sofort für eine Aenderung der Fassung zu sorgen, damit meine Erklärung mit dem Gesetz in Uebereinstimmung gebracht werde. (Beifall.)

Abg. Martens (nl.) fordert einen Vermerk zu der Position „22,000 M. sächsische Ausgaben zur Unterhaltung einer Versuchsanstalt für die Zwecke der Wasserversorgung". Nach diesem Vermerk soll sich diese Summe eventuell ermäßigen, wenn die Einnahmen keine 30,000 M. betragen.

Abg. Dr. Friedberg (nl.) sieht nicht ein, welchen Zweck dieser Vermerk haben soll, und bittet um seine Streichung.

Zwei Regierungskommissare befürworten die Aufrechterhaltung des Vermerks.

Nach einiger Diskussion wird der Etatsvermerk gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen gestrichen.

Die weitere Berathung wird auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Schluß 4½ Uhr.

Ausland.

Die Wirren in China.

Die Verhandlungen über das seitens Rußlands von China geforderte Mandschurei-Abkommen dauern noch an. Wie aus Peking gemeldet wird, beschloß der chinesische Hof, die Unterzeichnung der Mandschurei-Konvention nicht zu gestatten, bis weitere Information über die China im Weigerungsfalle zu gewährende Unterstützung eingezogen sei. Aus Washington wird berichtet, das Staatsdepartement erhielt eine Mittheilung von Li-Hung-Tschang und Prinz Tsching, worin die Vereinigten Staaten ersucht werden, Rußland zu veranlassen, seine Forderung der Unterzeichnung der

Eine so edle und eigenartige Wildgattung dem vaterländischen Wildbestand hinzugefügt zu sehen, ist gewiß der Wunsch eines jeden Waidmannes. Aber auch vom Standpunkte des Naturfreundes kann man die Einführung der Grouse bei uns nur freudig begrüßen. Jede Vermehrung der Fauna um eine neue Spezies ist ein Gewinn für Sport, Wissenschaft, Naturschönheit eines Landes. Auch der Volkswirthschaftler wird nichts dagegen haben, wenn Oedländereien, auf denen bei hoher exponirter Lage und sterilem Boden jede Ernte an Gras, Getreide und Holz ausgeschlossen oder doch mit unverhältnißmäßigem Aufwand verbunden ist, mit Thieren bevölkert werden, deren Vorkommen — wie es in Nord-England und Schottland der Fall — den Besitzern des sonst ertraglosen Terrains wenigstens einen hohen Jagdpachtertrag einbringt.

Denn das ist ein weiterer Vorzug der Grouse, daß sie mit den primitivsten Bedingungen vorlieb nehmen; sie machen keinerlei Schaden an Pflanzungen und Ernten und vertreiben und verdrängen keine andere Thiergattung im Konkurrenzkampf. Sie leben und vermehren sich, wenn sie nur Haide haben, Gras, einige Beerensträucher und freie Luft über sich. Die Sterilität des Bodens, der Winterfrost, Sturm und Kälte fechten sie nicht groß an, sonst würden sie nicht die unwirthlichen Hochmoore des Nordens bevölkern können. Man findet sie aber auch bis zum südlichen England hinab, freilich in kleineren Beständen, weil dort die Moore seltener und die Haide geringer wird.

Die Grouse sind nicht unbedingte Flüchter der Kultur. Viehzucht, die auf demselben Moore mit ihnen getrieben wird, stört sie nicht. Ich habe sie in Nord-England selbst in unmittelbarer Nachbarschaft von Ortschaften getroffen, wenn eben nur genügend große Haideflächen vorhanden waren.

Wenn wir diese Vogelart bei uns einbürgern wollen, so ist die erste Frage: können wir ihr in Deutschland die Bedingungen ihres Gedeihens bieten. Man hat meines Wissens bisher im Riesengebirge und in der Lüneburger Haide Versuche gemacht, Grouse zu acclimatisiren, aber mit geringem Erfolge. Vielleicht sind die Versuche daran gescheitert, daß bei uns das Haidekraut nicht die Art hat, wie in dem Meerklima Großbritanniens.

Die neuesten Einbürgerungsversuche der Grouse im Regierungsbezirk Aachen sollen besser geglückt sein.

Gewiß gäbe es in Deutschland auch anderwärts noch Plätze und Lager, wo sich die Einführung dieses schönen, edlen und nützlichen Thieres lohnte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010314013/fragment/page=0002

Mandschurei-Konvention zurückzuziehen. Das gleiche Ersuchen ist an jede andere Macht gerichtet. China scheint also den Wunsch zu haben, die eigene Verantwortung von sich abzuwälzen und die anderen Mächte zu direkten Schritten bei Rußland zu veranlassen, ein Wunsch, der schwerlich in Erfüllung gehen dürfte.

Die deutsche Gesandtschaft in Peking erwarb am Dienstag das benachbarte Grundstück des Pekinger Klubs im Austausch gegen ein anderes Grundstück und Zahlung von 60,000 Mark. Ferner wurde für die deutsche Gesandtschaft ein der chinesischen Zollverwaltung gehöriges, gleichfalls der Gesandtschaft benachbartes Grundstück nach befriedigenden Verhandlungen zwischen Dr. Mumm von Schwarzenstein und Sir Robert Hart erworben. Mit der Befestigung des Terrains wird alsbald begonnen werden.

Generalfeldmarschall Graf Waldersee meldet am 12. d. M. aus Peking, daß die Kolonne Fritsche nach Tientsin zurückgekehrt ist und die Kolonne Arnstedt Paotschen erreicht hat. Besondere Vorkommnisse waren auf beiden Expeditionen nicht zu verzeichnen. Des weiteren theilte der Marschall dem General Chaffee mit, wie über die unter seinem Befehl stehenden Truppen für die Sommermonate verfügt worden sei: 1000 Engländer sollen den Sommerpalast, eine kleine Abtheilung den Jogdpark und 2000 Mann die Umgebung der Ortschaften Danchou und Peitaho besetzen. Deutschland sendet die Truppen, die jetzt in Peking liegen, nach einem Dorfe nordwestlich des Sommerpalastes in den Bergen, während die deutschen Truppen, die in Paotingfu liegen, nach den Bergen im Westen der Stadt dislocirt werden. Die Japaner und Oesterreicher bleiben in Peking. Graf Waldersee sagt, diese Vertheilung der Truppen werde Unruhen vorbeugen.

Ueber die Erstürmung der Antulsi-Pässe durch die deutschen Truppen liegt heute noch eine weitere Meldung vor, welche der Bravour gedenkt, die das bayerische Bataillon dabei bethätigt hat. Nach einem Bericht der Londoner „Morning Post" währte der Kampf sieben Stunden, und ist die Eroberung der Pässe dem brillanten Vorgehen der Bayern zuzuschreiben, die von Paotingfu aus in vier Tagen 200 Kilometer marschirten, und zwar meistens durch Gebirge und über schwierige Maulthierpfade. Die Chinesen hielten scheinbar unerkennbare Positionen auf der Großen Mauer an der höchsten Stelle des Passes besetzt. Sie hatten mehrere tausend Truppen und Artillerie jeder Gattung. Die Deutschen griffen mit zwei Haubitzen und 600-Mann Infanterie an. Ihre Umgehungsbewegung über fast ungangbares Gelände nahm sieben Stunden in Anspruch und war durchaus erfolgreich. Die Chinesen flohen nach Schansi unter Hinterlassung von 100 Todten und 4 Hotchkiß-Geschützen. Ein Deutscher wurde verwundet. Der Zweck des Vormarsches war ein doppelter: erstens galt es die Bestrafung der chinesischen Truppen für ihr Angriffe auf die Deutschen in Tschili, zweitens war die Besetzung eines Zuganges nach Schansi in der Großen Mauer dringend geboten. Das Resultat wird vorzüglichen moralischen Effekt haben, da die Chinesen den befestigten Berggürtel für unüberwindlich hielten.

In Tientsin fand zwischen Engländern und Russen Reibung wegen eines Landstückes entstanden, das seit Jahren der Eisenbahngesellschaft gehört, von den Russen aber als ein Theil ihrer neuen Konzession in Anspruch genommen wird. Der Betriebsleiter der Eisenbahngesellschaft begann hier eine Ausweichstelle anzulegen, wurde aber daran von den russischen Behörden behindert. Darauf wandte er sich an die englische Oberleitung in Peking, welche ihm erwiderte, er solle mit dem Bau fortfahren und wenn nöthig, bewaffnete Macht gebrauchen. Der russische General Wogack erhob Einspruch hiergegen und sagte, dies wäre nicht geschehen, wenn die Russen dieselbe Truppenzahl zur Stelle hätten wie die Engländer. Er wandte sich darauf an den russischen Gesandten in Peking.

Die ruhigeren Verhältnisse in Peking haben es jetzt ermöglicht, einen ungefähren Ueberblick über die Zahl der Opfer an Ausländern und chinesischen Christen, die dem plötzlichen Ausbruch des fanatischen Fremdenhasses zum Opfer fielen, zu gewinnen. In Peking und den Provinzen wurden, ausschließlich der während der Belagerung der Gesandtschaften Gefallenen, 244 ausländische Christen getödtet, und zwar 118 Engländer, 79 Amerikaner, Schweden und Norweger, 26 Franzosen, 11 Belgier und Holländer, 10 Italiener und Schweizer und 1 Deutscher. Außerdem wurden 30,000 chinesische Christen ermordet.

Der südafrikanische Krieg.

Ueber die Unterhandlungen Kitchener's mit Botha liegen heute wieder keine positiven Nachrichten vor. Trotzdem wird jedoch von englischer Seite behauptet, daß die Unterhandlungen noch immer fortdauerten. So berichtet heute ein Telegramm aus London vom 13. d. M.:

Ein eiligst einberufener außerordentlicher Ministerrath ist heute früh abgehalten worden. Es verlautet, eine der Veranlassungen zu demselben sei der Stand der Verhandlungen zwischen Kitchener und Botha gewesen.

Aus der Umgebung des Präsidenten Krüger kommt dagegen eine Nachricht, nach der man fast annehmen müßte, daß überhaupt keine Verhandlungen stattfinden. Der Gesandte Dr. Leyds ermächtigte einen Berichterstatter zu der formellen Erklärung, daß an den Vicepräsidenten der Südafrikanischen Republik, Schalk Burger, keinerlei telegraphischer Bescheid bezüglich der Unterhandlungen Botha's, von denen Präsident Krüger übrigens nichts wisse, ergangen sei. Man sollte annehmen, daß, wenn thatsächlich Friedensverhandlungen stattfänden, das Haupt der Südafrikanischen Republik davon Kenntniß haben müßte. Wenn Krüger jedoch nichts davon weiß, dann kann man leicht zu dem Schluß kommen, daß die Verhandlungen entweder überhaupt nicht stattfinden, oder aber, daß ihnen ein ernster Charakter nicht beizulegen ist.

Das kanadische Unterhaus verwarf mit großer Majorität einen Antrag, in dem gegen die Absendung weiterer kanadischer Truppenabtheilungen nach Südafrika und die Anwerbung von Kanadiern für den dortigen Polizeidienst Einspruch erhoben wird. Der Premierminister Laurier' sprach sich gegen den Antrag aus, wenn er sich auch damit einverstanden erklärte, daß keine weiteren Truppen nach Südafrika gesandt werden, da der Krieg in der Hauptsache zu Ende sei. Er mißbilligte es aber, daß man es den britischen Unterthanen in Kanada verbieten wolle, sich für das Heer des Königs anwerben zu lassen. — Nach den Erfahrungen, die die Kanadier bisher gemacht haben, werden sie wohl keine große Lust verspüren, sich für Südafrika anwerben zu lassen.

Oesterreich-Ungarn.

Die gestrige Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses verlief ruhig. Bei Beginn der Sitzung ertheilte der Präsident dem Abg. Stein, der während der vorgestrigen Rede Kramarcz' genesen hatte: „Kunektirung Oesterreichs wäre das Beste", wegen dieses Zwischenrufes einen Ordnungsruf und drückte sein lebhaftes Bedauern aus, daß solche Worte im österreichischen Parlament gefallen sind. Das Haus fuhr dann in der ersten Lesung der Brannt-weinsteuervorlage fort, die beendet und geschäftsordnungsmäßig dem Ausschusse zugewiesen wurde. Im Laufe der Debatte polemisirte der Deutschfortschrittliche Schücker gegen die vorgestrige Rede des Abg. Kramarcz und bemerkte, er wolle den Tschechen ihren Wahn nicht nehmen, daß sie für die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts nothwendig seien, er müsse jedoch bemerken, daß die Deutschen in den Sudetenländern, insbesondere in Böhmen, gegenüber dem slavischen Ansturm Wache stehen und dadurch zur Erhaltung des europäischen Friedens beitragen. Wir sind, sagte Redner, ein Hort des engen Bündnisses mit Deutschland; wir wünschen, ohne schlechte Patrioten zu sein, daß dieses Bündniß sich immer inniger gestalte, weil Oesterreich dadurch als Großmacht nur gewinnen kann. (Beifall links.) Das Haus begann dann die erste Lesung der Investitionsvorlage, die aber nach kurzer Debatte vertagt wurde. Zum Schluß der Sitzung beantwortete der Ministerpräsident mehrere Interpellationen und wies zunächst darauf hin, daß bisher gegen 500 (!) eingebracht seien.

Großbritannien und Irland.

Der Auftrag, die 5 im neuen Marinebudget vorgesehenen Unterseeboote zu bauen, ist dem Hause Vickers und Maxim übertragen worden. Das erste Boot wird im Mai bereits fertig sein. Die Boote werden ungefähr 60 Fuß lang sein, 10 Knoten an der Oberfläche und 7 bis 8 Knoten unter Wasser laufen und 5 Torpedos mit sich führen.

Spanien.

In Spanien gährt es noch immer und der geringste Anlaß scheint hinreichend zu sein, um Tumulte und Revolten hervorzurufen. Verschiedene Vorkommnisse aus den letzten Tagen beweisen das, und auch heute liegen wieder einige Meldungen vor, die dafür sprechen. Als am Mittwoch in Madrid ein Zollbeamter einer Person, die eine Flasche Wein einschmuggeln wollte, einen Schlag versetzte, rottete sich eine Volksmenge zusammen und warf nach dem Zollamt mit Steinen. Die Polizei mußte die erregte Menge auseinandertreiben, wobei verschiedene Verwundungen auf beiden Seiten vorkamen. Aus Barcelona werden ebenfalls Unruhen gemeldet, die von den Arbeitern ausgehen sollen und einen ernsten Charakter zeigen.

Kleine Notizen.

In Marseille kam es gestern zu Zusammenstößen zwischen arbeitswilligen und streikenden Arbeitern, wobei ein Arbeiter schwer verletzt wurde. Zwei italienische und ein Arbeiter aus Spanien wurden verhaftet.

König Leopold von Belgien hat das Entlassungsgesuch des Staatssekretärs des Kongostaates, Barons von Cetvelde, angenommen und ihm den Titel eines Staatsministers des Kongostaates verliehen.

Bei den bulgarischen Gemeindewahlen in Stara Zagora siegten die Anhänger Stoilow's gegen die vereinigten Regierungsparteien; während der Wahl kam es zu Zusammenstößen, bei welchen acht Anhänger Stoilow's schwer verletzt wurden.

— In den Städten Kutaisi, Bitolia und Kumanowa zwangen Macedonierinnen die Popen, gegen Sinowjew das Anathema auszusprechen.

Die vor einiger Zeit von Bombay gemeldete Nachricht von einer Niederlage des Emirs von Nedjid, Ibn Raschid, und seiner Abtretung durch den Scheikh von Koweit bestätigt sich nicht.

Universitäts- und Hochschulnachrichten.

—z. Halle, 14. März. Zur Erlangung der philosophischen Doktorwürde legte Herr Kurt Koettnitz aus Teuchern der philosophischen Fakultät der hiesigen Friedrichs-Universität seine Inaugural-Dissertation: „Ueber die Bildung von Indigo aus Anthranilsäurederivaten" vor.

—z. Halle, 14. März. Zur Erlangung der Doktorwürde in der Medizin und Chirurgie wird Herr Ludwig Taegener, approb. Arzt aus Klinkemühle, am Donnerstag, den 14. d. M., mittags 12 Uhr, in der Aula der hiesigen Friedrichs-Universität seine Inaugural-Dissertation: „Ueber den Einfluß warmer Soolbäder auf den respiratorischen Stoffwechsel des Menschen," desgleichen Herr Franz Schreiber, approb. Arzt aus Giersleben, seine Inaugural-Dissertation „Ueber die Resorption des Magens," ferner Herr Karl Zander, approb. Arzt von hier, seine Inaugural-Dissertation: „Ueber die Brauchbarkeit des Milchthermophors" und endlich Herr Arnold Reischauer, approb. Arzt aus Bergkirchen (Schaumburg-Lippe), seine Inaugural-Dissertation: „Vergleichende Untersuchungen über die Brauchbarkeit verschiedener Verfahren zur Ausführung der Wohnungsinfektion mit Formaldehyd" öffentlich vortragen.

Gerichtsverhandlungen.

Strafkammer zu Halle.

Halle, 13. März.

Aus Anlaß des hiesigen Maurerstreiks war der Maurer Hermann Heine hier wegen Verübung groben Unfugs vom hiesigen Schöffengericht zu 15 M. Geldstrafe oder 3 Tagen Haft verurtheilt worden, wogegen der Amtsanwalt wegen des niedrigen Strafmaßes Berufung eingelegt hatte. Heine sollte am 11. Dez. v. J. einige arbeitswillige von auswärts gekommene Maurer in erheblicher Weise durch Zurufe und versuchtes Aufhalten belästigt haben. Der Angeklagte erklärte, er sei gar nicht als Streikposten am Bahnhof gewesen, sondern habe zufällig in der Magdeburgerstraße fremde Maurer bemerkt, als er sich auf dem Wege nach Trotha zu einem seiner Verwandten befunden habe. Die fremden Maurer seien ihm aufgefallen, weil sie in Droschken saßen; er habe nur sehen wollen, wohin sie fuhren und sei deshalb hinter den betreffenden Droschken hergelaufen, nicht nebenher; auch habe er nichts in die Droschken hineingerufen. Maurerpolier William Pfeiffer bekundete, beim Abholen der Fremden aus Leipzig für seinen Bruder, den Maurermeister Pfeiffer, angekommenen Maurer an jenem Tage seien diese durch hiesige Maurer furchtbar belästigt worden, weshalb er mit den fremden Maurern einige Droschken zum Weiterkommen benutzt habe, um den Belästigungen zu entgehen. Heine sei aber vom Bahnhofsvorplatze mitgelaufen und habe den Maurern in den Droschken wiederholt zugerufen: „Hier ist Streik, hier dürft Ihr nicht arbeiten" — oder: „Hier wird nicht gearbeitet." An der Christlichen Herberge sei Heine an den Wagenschlag gesprungen und habe die Maurer, wie auch ihn — Pfeiffer — nicht durchfassen wollen. Da habe er — Pfeiffer — ihm einen Stoß versetzt, Heine sei hingefallen und habe dann laut geschimpft. Er sei auch noch länger stehen geblieben, bis der Maurermeister Pfeiffer gekommen und an Heine herangetreten sei, um dessen Namen zu erfahren. Ein andermal habe Heine wiederum am Bahnhofsvorplatz bei der Ankunft fremder Maurer gestanden und sich lästig benommen, ebenso nach der am 2. Februar stattgehabten Schöffengerichtsverhandlung und zuletzt noch gestern, am 12. März. Nebenlich lauteten die Bekundungen des Zeugen Maurermeister Ernst Reinhardt. Der Staatsanwalt beantragte hierauf 14 Tage Haft. Der Gerichtshof setzte das Urtheil aber unter Berücksichtigung der bisherigen Unbestraftheit des Angeklagten auf 8 Tage Haft fest.

---

* Heidelberg, 12. März. Wie erkennerlich, ereignete sich am 7. Oktober v. J. in der Nähe der Station Karlsthor bei Heidelberg ein schwerer Eisenbahnzusammenstoß, bei dem 16 Personen getödtet und über 140 verwundet wurden. Es war ein wunderschöner Sonntag-Nachmittag, und die Heidelberger strömten hinaus in den Odenwald und das Neckarthal, an dessen linkem Ufer die Badische Staatsbahn eine stark frequentirte Eisenbahnlinie unterhält. Da die Station Karlsthor nur für Personen- und Lokalzüge Haltestelle ist, so war kein höherer Stationsbeamter, sondern ein sogenannter Fahrdienstbeamter Petter des Fahrdienstes, und an jenem Sonntag versah ein 21 Jahre alter Beamter Namens Weipert den verantwortungsreichen Posten. Zu bemerken ist, daß auf den Lokalbahnstrecken die (inzwischen beseitigte) Einrichtung bestand, daß bei Ueberfüllung der Lokalzüge die Schaffner das Recht hatten, den Zug selbständig vor einer Station anhalten zu lassen, um die Fahrkarten der auf der letzten Station hinzugekommenen Fahrgäste zu compiren. Denn bekanntlich existirt in Baden keine Bahnsteigsperre, so daß auf den Stationen scheinbar Kontrolle mehr möglich gewesen wäre. Von diesem Rechte machten nun auch die Schaffner des an jenem Sonntag nachmittag um 5 Uhr 30 Min. von Meckenheim über Schlierbach nach Heidelberg abgegangenen Lokalzuges Gebrauch, indem sie den in Schlierbach von Mannheimer und Heidelberger Familien und vielen aus dem Odenwald und dem Neckarthal heimkehrenden Fremden überfüllten Zug auf einer Kurve bei der Grün'schen Färberei, also an einer Stelle, wo der Zug von der dicht dahinter befindlichen Station Karlsthor wohl zu hören aber nicht zu sehen war, halten ließen. Die Sache hatte keine Bedenken, da das Einfahrtssignal nach Station Karlsthor offen stand und sie annehmen mußten, daß hinter ihnen von der Station Schlierbach aus kein Zug abgelassen werden würde, ehe sie nicht in Station Karlsthor waren und diese nach Schlierbach das Signal „Strecke frei!" geben konnte. Dieser nächste Zug war ein um 5[15] von Stuttgart abgegangener Personenzug. Er sollte um 6[29], also 8 Minuten nach dem Lokalzug, in Station Karlsthor einlaufen, und die Station Schlierbach hat daher diese Station, bezw. den Fahrdienstbeamten Weipert um das Signal „Strecke frei!" Weipert, der das Rollen des nahenden Lokalzuges gehört hatte und der Meinung war, daß dieser Zug jeden Augenblick um die Ecke biegen müsse, und daß so dann die Strecke thatsächlich frei sei, gab das Signal. Und daraufhin dampfte der Stuttgarter Zug aus der Station Schlierbach heraus — dem Unglück entgegen. Denn noch stand der ohne Wissen Weipert's kurz zuvor abgelassene Lokalzug auf der Strecke, die Schaffner liefen, die Billets compirend, durch die Wagen, da ertönte plötzlich ein einziges furchtbares Krachen, ein hundertstimmiger markerschütternder Schrei, und das Unglück war geschehen. Als der Urheber dieses entsetzlichen Unglücks wurde Weipert verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. Er hat sich jetzt vor der Heidelberger Strafkammer unter der Anklage der Gefährdung eines Eisenbahntransportes und der fahrlässigen Tödtung und Körperverletzung zu verantworten. Es wird ihm zur Last gelegt, vor dem Einlaufen des Lokalzuges bereits das Signal „Strecke frei!" nach Schlierbach gegeben und dadurch das Unglück herbeigeführt zu haben.

Provinzialnachrichten.

* Eisleben, 13. März. [Erderschütterungen.] Nach längerer Pause fanden vorgestern wiederum drei heftige Erderschütterungen statt, die im ganzen Senkungsgebiet wahrgenommen wurden.

+ Stößen, 13. März. [Von einem beklagenswerthen Unglücksfall] wurde die Familie des Landwirths W. betroffen. Gestern abend vermißte man das etwa 9jährige Töchterchen, das trotz alles Suchens weder im Orte noch in der Umgegend zu finden war. Heute früh fand man es todt auf dem Heuboden. Es hatte auf einer aus Seilen hergestellten Schaukel geschaukelt, wobei sich das Seil so fest um den Hals des Kindes wickelte, daß der Tod durch Ersticken eintrat.

* Zeitz, 13. März. [Beendigung des Streiks.] Die in den Ausstand getretene Belegschaft der Grube „Gottlob" bei Hohenmölsen ist gestern zur Nachtschicht wieder vollzählig angefahren. Der Ausstand ist demnach beendet.

Y Freyburg, 13. März. [Sandregen. — Erhängt.] Mit der aus Palermo vom 10. März gemeldeten Erscheinung dürfte der am vorigen Sonnabend früh in unserer Gegend gefallene Niederschlag in Verbindung stehen, der auf Glasscheiben usw. staubähnliches Flecke zurückließ, in welchem man deutlich Aschentheile erkennen konnte. Eine ähnliche Erscheinung soll hier schon im Jahre 1888 beobachtet worden sein. — Auf dem Boden seines Hauses wurde heute mittag der 57 Jahre alte Zimmermann Pf., der seit längerer Zeit infolge Unfalls arbeitsunfähig geworden war, erhängt aufgefunden. Die That ist unzweifelhaft im Anfall geistiger Umnachtung verübt worden.

⊙ Quedlinburg, 13. März. [Ausstand.] Etwa 40 Knechte der Firma Gebr. Dippe haben gestern die Arbeit eingestellt. Sie fordern die Erhöhung ihres Wochenlohnes von 18 auf 15 M., wie solcher den Knechten des Zweiggeschäfts der Firma in Halberstadt gezahlt wird.

* Barby, 13. März. [Die Stadtverordneten] haben die Gasbeleuchtungsvorlage des Magistrats mit 10 gegen 6 Stimmen angenommen.

— Fr. Wallhausen (Helme), 12. März. [Seuche unter den Katzen.] Seit einiger Zeit scheint hier unter den Katzen eine Seuche ausgebrochen zu sein. Die Thiere haben ein struppiges, trübes geradezu elekrexegendes Aussehen. Sie schleichen in den Gehöften herum und liegen den anliegenden Gehöftbesitzern zur Last. Es würde daher sehr am Platze sein, daß die Besitzer von Katzen, falls sie nur das geringste Anzeichen von Krankheit bemerken, die Thiere sofort tödten, damit die Seuche nicht noch an Ausdehnung gewinnt.

* Greiz, 13. März. [Erstickt.] In Reinsdorf hatte eine Arbeiterin ihre beiden Kinder im Alter von 4 und 1½ Jahren allein zu Hause gelassen. Als die Mutter von der Arbeit heimkehrte, fand sie das jüngste Kind erstickt und das vierjährige Mädchen betäubt vom Rauche vor, der von einem inzwischen ausgebrochenen Stubenbrande herrührte.

* Leipzig, 13. März. [Kommunalsteuern. — Eifersuchtsdrama.] Der Rath beschloß auf Vorschlag vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten, als erste Steuerquote in diesem Jahre 70 Proz. des Normalsteuersatzes zu erheben. — Ein Eifersuchtsdrama spielte sich in vorvergangener Nacht in der dritten Stunde im Grundstück Rosistraße 27 in L-Lindenau ab. Im Parterre wohnt die von ihrem Ehemann, dem Arbeiter Friedrich Gustav Schuster, getrennt lebende Magdalene Schuster geb. Taglick mit ihrer 16jährigen Tochter. Zu der angeführten Zeit hörte Frau Schuster von ihrer Schlafkammer aus ein Geräusch in der angrenzenden Wohnstube. Sie begab sich dort hin und sah beim Anzünden eines Streichholzchens, wie ihr Mann vom Hofe aus durch ein Fenster, das er gewaltsam geöffnet hatte, eindrang. Während sie, Schlimmes ahnend, in den Schlafraum zurückeilte, versetzte ihr der Unhold mit einem Handbeil, das er bei sich trug, mehrere Schläge auf den Kopf. Die Tochter sprang hinzu und hielt den Wütherich von weiteren Gewaltthätigkeiten ab. Unterdessen gelang es der in Lebensgefahr schwebenden Frau, in die Wohnung des Hauswirths zu flüchten. Darauf entfernte sich der gewaltthätige Ehemann. Am folgenden Morgen erfolgte seine Verhaftung. Frau Schuster ist zwar schwer, aber glücklicherweise nicht lebensgefährlich verletzt. Die Tochter trug nur Kratzwunden davon. Der Beweggrund zu der That ist Eifersucht.

Städtische Kommissionen.

Finanzkommission. Sitzung am Donnerstag, 14. März, nachm. 5 Uhr im Kommissionszimmer. Tagesordnung: 1. Haushaltsplan für 1901 Kapitel XIII. Beschlußfassung über die Einnahmen und Ausgaben, soweit diese letzteren für die persönlichen und sachlichen Aufwendungen in Aussicht genommen worden sind. 2. Antrag auf Bildung einer gemischten Verpachtungs-Kommission. 3. Antrag auf Verlängerung des Mietsverhältnisses wegen eines Ladens im Wagegebäude. 4. Antrag auf Mittelbewilligung zur Entschädigung an die auf das Schlachthaus angewiesenen Fleischer. 5. Haushaltsplan der Hospital-Verwaltung für 1901. 6. Sonstige Eingänge.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010314013/fragment/page=0003

Vermischtes.

Die Flucht des Unteroffiziers Merten. Der „Ostpr. Ztg." zufolge fehlt jede Spur über die Richtung, nach welcher sich der vorgestern aus der Untersuchungshaft in Gumbinnen entwichene Unteroffizier Merten zur Flucht gewandt hat. Bei Bekanntwerden der Flucht wurden sofort die Häuser der nächsten Umgebung des Arrestgebäudes abgesucht, reitende Patrouillen vom Dragoner-Regiment nach allen Richtungen hinausgesandt und vom Infanterie-Regiment Nr. 33 der Bahnhof sowie die sämmtlichen Chausseen besetzt. Fußpatrouillen rekognoscirten die Gebäude in der nächsten Umgebung der Stadt. Es ist anzunehmen, daß der Flüchtling sich nach der russischen Grenze gewandt hat, die ungefähr fünf Meilen entfernt ist. Die Dunkelheit und Nebel dürften die Flucht begünstigt haben und das Räthsel, das über der Ermordung des Rittmeisters v. Krosigk liegt, wird infolgedessen vielleicht niemals gelöst werden.

Die Pest in Kapstadt. Nach einer amtlichen Depesche aus Kapstadt sind dort in der Woche vom 3. bis 9. d. M. 50 Neuerkrankungen und 18 Todesfälle infolge von Pest vorgekommen.

Letzte Telegramme.

St. Johann, 14. März. Die Beerdigung des Freiherrn von Stumm gestaltete sich zu einer imposanten Trauerkundgebung des ganzen Saarreviers.

Marseille, 14. März. Die Delegirten der vereinigten Arbeiterkammern des Departements Bouches du Rhône nahmen eine Tagesordnung an, worin das Arbeiter-Syndikat aufgefordert wird, in kürzester Frist zusammenzutreten und über die Nothwendigkeit des allgemeinen Ausstandes aller Gewerkschaften sich schlüssig zu machen.

Indianapolis, 14. März. Der frühere Präsident Harrison ist gestorben.

Wetter-Aussichten

auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte.

(Nachdruck verboten.)

15. März: Normale Temperatur, Nachtfrost, meist bedeckt, Niederschläge. Windig. Sturmwarnung.

16 März: Kälter, Nachtfröste. Wolkig, später heiter, Niederschläge. Windig. Sturmwarnung.

Meteorologische Station zu Halle.

	13. März (9 Uhr 12 Min. ab.)	14 März (7 Uhr 12 Min. mrg.)
Barometer Millimeter	756,5	754,3
Thermometer Celsius	4,4	3,7
Rel. Feuchtigkeit	79 %	92 %
Wind	NO 1	NO 2

Maximum der Temperatur am 13. März: 10,1° C.
Minimum in der Nacht vom 13. zum 14. März: 0,6° C.
Niederschläge am 14 März: 1 Uhr morgens: 0,0 mm

Bericht des Berliner Wetterbureaus

vom 13 März morgens

Memel 768, —2°, NNO 1, Dunst; **Swinemünde** 768, +2°, O 1, bedeckt; **Hamburg** 768, +2°, O 2, Nebel; **Borkum** 767, +3°, O 2, bedeckt; **Berlin** 767, +2°, O 2, wolkenlos; **München** 762, +0°, SO 2, heiter; **Wien** 765, +2°, still halbbedeckt; **Triest** 763, +9°, NNO 4, bedeckt; **Petersburg** 763, —8°, W 1, halbbedeckt; **Haparanda** 753, —6°, SSO 2, bedeckt; **Cork** 763, +7°, SSW 1, heiter; **Paris** 762, +2°, NNW 2, Regen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

— Dividenden. Leipziger Gummiwaarenfabrik, vorm. Julius Marx, Heine & Co. wieder 5 Proz. — Maschinenfabr. „Germania," vorm. J. S. Schwalbe & Sohn in Chemnitz 7 Proz. — Die Ditterdorfer Filz und Kratzentuchfabrik schliesst mit 91,000 M Verlust ab. — Der Sangerhäuser Bankverein verheilt 5½ Proz.

Rio de Janeiro, 12. März. Wechsel auf London 11 11/16.

Buenos Aires, 12. März. Goldagio 125,29.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

New York, 13. März. [Telegr.] Rother Winterweizen loco 80¼, März 79½, Mai 79¾, Juli 79⅞, September —. Mais März 49, Mai 46¾, Juli 45¾. — Mehl 275. — Getreidefracht 1½.

Chicago, 13. März. [Telegr.] Weizen März 74, Mai 75½, Mais Mai 41¾.

* **Hamburg,** 13. März. Weizen loco ruhig, loco holsteinischer 154—160. Laplata 134—136. Roggen loco ruhig, südrussischer ruhig, März-April-Abladung 10—110, do. 108—112, mecklenburgischer 140—147. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

* **Amsterdam,** 13. März. Weizen auf Termine geschäftslos, März —. Roggen loco —, auf Termine flau, März 128, Mai 127.

London, 13. März. Markt ruhig, Weizen flau und williger.

Zucker.

* **London,** 13. März. 96°. Javazucker loco 11½, ruhig, stetig. Rübenrohzucker 8 sh. 10½ d. Käufer, 8 sh. 11¼ d. Verkäufer ruhig.

* **Paris,** 13. März. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88°/₀ neue Conditionen 23½ à 24. Weisser Zucker ruhig, Nr. 3, per 100 kg, März 27⅞, April 27½, Mai-Aug 27⅞, Okt.-Jan. 26¼.

Kaffee.

Hamburg, 13 März Kaffee behauptet, Umsatz 1500 Sack.

Hamburg, 13 März. (Vormittagsbericht.) Good average Santos März 32,25 Gd., Mai 32,50 Gd., Sept. 33,50 Gd., Dez. 34,00 Gd. Kaum behauptet.

Hamburg 13 März abends 6 Uhr. Kaffee good average Santos, per März 31,75 Gd., Mai 32,25 Gd., Sept. 33,50 Gd., Dez. 34,00 Gd. Schleppend.

Havre, 13. März. (Schlussbericht.) (Bericht der Hamburger Firma Petersen, Ziegler u. Co.) Kaffee good average Santos, per März 39,25, per Mai 39,75, per Sept. 40,50. Unregelmässig.

Amsterdam, 13. März. Java-Kaffee good ordinary 31,50.

Petroleum.

* **Hamburg,** 13. März. Petroleum still, Standard white loco 7,10 Br.

* **Bremen,** 13. März (Börsen-Schlussbericht.) Raffinirtes Petroleum loco 7,20 Br.

* **Antwerpen,** 13. März. (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiss loco 18,75 bez. u. Br., per März 18,75 Br., per April 19,00 Br., per Juni 19,25 Br. Ruhig.

* **New York,** 13. März. [Telegr.] Petroleum Standard white in New York 7,35, do. in Philadelphia 7,90, do. Refined (in Cases) 9,00, do. Credit Balances at Oil City 128,00.

Spiritus.

* **Nordhausen,** 13. März. Branntwein 45 Vol. % für 100 kg ohne Fass at Brennerei 64,00—66,00 M., desgl. 40 Vol. % 58,00—60,00 M.

* **Hamburg,** 13 März. Spiritus ruhig, März 17,00 G., März-April 15⅝ G., April-Mai 15⅝ G., Mai-Juni — G.

* **Paris,** 13. März. (Schlussbericht.) Spiritus matt, März 29,00, April 29,00, Mai-Aug. 30,00, Sept.-Dez. 31,00.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

New York, 13. März. [Telegr.] Schmalz Western steam 7,90, do. Rohe und Brothers 8,15.

* **Hamburg,** 13 März. Rüböl (unverzollt) ruhig, loco 56,00.

* **Bremen,** 13. März. Schmalz fest. Wilcox in Tubs 40¾ Pfg., Armour shield in Tubs 40¼ Pfg., andere Marken in Doppel-Eimern 40¼ Pfg. Speck fest. Short clear middling loco — Pfg. März-April —.

* **Antwerpen,** 13. März. Schmalz per März 96½.

Paris, 13. März. (Schlussbericht.) Rüböl fallend, März 65,50, April 62,50, Mai-Aug. 57,00, Sept.-Dez. 55,25.

Viehmärkte

Berlin, 13. März. Städtischer Schlachtviehmarkt. Zum Verkaufe standen: 501 Rinder, 2596 Kälber, 1231 Schafe, 11,755 Schweine. Bezahlt wurden für 50 Pfd. oder 50 kg. Schlachtgewicht in Mark (bezw. für 1/2 Pfd. in Pfg.): **Für Rinder: Ochsen:** 1) vollfleischige, ausgemästet, höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahre alt, — —; 2) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete, — —; 3) mässig genährte junge und gut genährte ältere — —; 4) gering genährte jeden Alters — —; **Bullen:** 1) vollfleischige höchsten Schlachtwerths — —; 2) mässig genährte jüngere und gut genährte ältere — —; 3) gering genährte 46—50; **Färsen und Kühe:** 1) vollfleischige ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerths — —, 2) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahre alt — —; 3) ältere ausgemästete Kühe und weniger gut entwickelte jüngere — —; 4) mässig genährte Färsen und Kühe 44—46; 5) gering genährte Färsen und Kühe 38—42; — **Kälber:** 1) feinste Mastkälber (Vollmilchmast und beste Saugkälber) 70—72; 2) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 58—62; 3) geringe Saugkälber 50—54; 4) ältere gering genährte Kälber (Fresser) 35—43 M. — **Schafe:** 1) Mastlämmer und jüngere Masthammel 58—62 M.; 2) ältere Masthammel 49—56 M.; 3) mässig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 45—48 M.; 4) Holsteiner Niederungsschafe — — auch pro 100 Pfund Lebendgewicht — — M. — **Schweine:** Man zahlt für 100 Pfund lebend oder 50 kg mit 20 proz. Tara-Abzug: vollfleischige, kernige Schweine feinerer Rassen oder deren Kreuzungen, höchstens 1 Jahr alt 54—56; 5) gering genährte Färsen und Kühe 38—42; — **Kälber:** 1) feinste Mastkälber (Vollmilchmast und beste Saugkälber) 70—72; 2) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 58—62; 3) geringe Saugkälber 50—54; 4) ältere gering genährte Kälber (Fresser) 35—43 M. — **Schafe:** 1) Mastlämmer und jüngere Masthammel 58—62 M.; 2) ältere Masthammel 49—56 M.; 3) mässig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 45—48 M.; 4) Holsteiner Niederungsschafe — — auch pro 100 Pfund lebend g